

15. Sitzung des Begleitausschusses für die Operationellen Programme EFRE und ESF in Thüringen

13. Juni 2013, 10.00 Uhr bis 12.30 Uhr

im Konferenzraum, Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie

Teilnehmer: siehe Teilnehmerliste (Anlage 1)

Frau Friese begrüßt die Teilnehmenden.

Es wird festgestellt, dass der Begleitausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.

TOP 1: Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird im TOP 2 um die Bestätigung des Protokolls der 13. Sitzung vom 29. November 2012 ergänzt.

Beschluss:

Die geänderte Tagesordnung wird angenommen.

TOP 2: Bestätigung des Protokolls der 13. Sitzung vom 29. November 2012 und des Protokolls der 14. Sitzung vom 21. März 2013

Den Teilnehmern wird das Protokoll der 13. Sitzung für die Abstimmung nochmals zur Verfügung gestellt.

1. Beschluss:

Das Protokoll der 13. Sitzung vom 29. November 2012 wird mehrheitlich bestätigt.

2. Beschluss:

Das Protokoll der 14. Sitzung vom 21. März 2013 wird mit zwei Stimmen Enthaltung unter der Voraussetzung bestätigt, dass die von Herrn Nobereit mit Schreiben vom 2. Mai 2013 eingereichten Änderungsvorschläge noch in das Protokoll aufgenommen werden (siehe Anlage 2).

TOP 3: Durchführungsbericht 2012 zum OP EFRE Förderperiode 2007 bis 2013

Beschluss:

1. Der Begleitausschuss billigt den EFRE Durchführungsbericht 2012.
2. Der Begleitausschuss gestattet der EFRE-Verwaltungsbehörde, ggf. notwendige redaktionelle Änderungen vorzunehmen und den Bericht der EU-Kommission zu übermitteln.

Diskussion:

- Frau Friese erläutert die Ergebnisse der Umsetzung des Operationellen Programms EFRE im Jahr 2012 anhand der beiliegenden Präsentation (siehe Anlage 3).
- Bei der Folie 3 weist Frau Friese auf eine Korrektur hin. Unter dem Punkt „Finanzielle Angaben“ muss der zweite Anstrich lauten: „Auszahlung EFRE-Mittel i. H. v. **1,05** Mrd.“

Euro“. Dieser Anstrich ist eine „davon“-Position des ersten Anstrichs „Öffentliche Ausgaben ... „.

- Bisher entsprechen 58,7 % den lissabonkonformen Ausgaben (Vergleich Planung 63,2 %)
- Im Zusammenhang mit dem finanziellen Fortschritt der Schwerpunkte stellt Frau Friese fest, dass die Quoten (Plan) erreicht werden. Bei der Technischen Hilfe werden ebenfalls noch Projekte bewilligt.
- Die Darstellung der Anzahl der Bewilligungen zeigt, dass in den Schwerpunkten 1 und 2 das Gros der Bewilligungen liegt.
- Bei den Programmindikatoren gibt es einen positiven Erfüllungsstand. Zum Indikator „Erhöhung FuE-Ausgaben am BIP in %-Punkten“ erläutert Frau Friese, dass der Zielwert am Ende der Förderperiode bei 2,14 liegt. Auf Grund fehlender aktueller Zahlen (Erhebung alle zwei Jahre, Stand von 2011 noch nicht vorliegend) wird derzeit der Stand 2009 ausgewiesen. Der Indikator „Anzahl geschaffener Arbeitsplätze“ hat bereits in allen drei Bereichen (gesamt, Männer, Frauen) die Zielstellungen übertroffen. Die Berichterstattung zum Indikator „Auslastung der Gewerbegebiete“ erfolgt im Jahresbericht 2013.
- Hinsichtlich der Fortschritte in den einzelnen Schwerpunkten liegen bereits sehr gute Erfüllungsstände (z. T. Übererfüllung der Ziele) vor. Es gibt jedoch bei einigen Indikatoren auch Nachholbedarf.
- Abschließend verweist Frau Friese auf die Veröffentlichung des Umweltmonitorings auf der EFRE-Internetseite. Zudem erfolgte eine strategische Auseinandersetzung mit dem Thema in der AG Umwelt. Der jährliche Durchführungsbericht sowie die Liste der Begünstigten werden ebenfalls auf der EFRE-Internetseite veröffentlicht.

Herr Nobereit (Verband der Wirtschaft Thüringen e. V.) weist darauf hin, dass das Querschnittsziel „Nachhaltige Entwicklung“ heißt und über das Thema „Umwelt“ hinausgeht. In diesem Zusammenhang vermisst er im Jahresbericht (Durchführungsbericht) die Erwähnung des „Nachhaltigkeitsabkommen Thüringen“ als freiwillige Vereinbarung zwischen der Thüringer Landesregierung und der Thüringer Wirtschaft und bittet um dessen Aufnahme.

Herr Möller (TMSFG) fragt nach der „Diskrepanz“ zu den Angaben für die Technische Hilfe (Seite 4 (9,13 Mio. Euro) und Seite 12 (18,73 Mio. Euro der Präsentation). Hierzu erklärt Frau Wille, dass es sich bei dem Betrag auf S. 4 um Auszahlungen und auf Seite 12 um Bewilligungen handelt.

Auf die Bitte von Herrn Düber (DGB), dass künftig Mittelabfluss und Bewilligung erkennbar sein sollten, sichert Frau Wille diesen Berichtsstand für die November-Sitzung des Begleitausschusses zu. Die bisherige Berichterstattung basiert auf öffentlichen Ausgaben. Die Anmerkung von Herrn Düber, dass bisher die Liste der Technische Hilfe-Projekte dem Begleitausschuss zur Verfügung gestellt wurde, hat Frau Wille für die aktuelle Förderperiode verneint. Zu der Nachfrage von Herrn Düber nach der „Qualität der Arbeitsplätze“ (Seite 6 der Präsentation) kann keine Aussage getroffen werden.

Herr Schäfer (Arbeitskreis Umweltbildung Thüringen e. V.) appelliert, das Nachhaltigkeitszentrum in den Jahresbericht aufzunehmen und fragt gleichzeitig, welche Projekte in der Technischen Hilfe noch geplant sind. Hierzu wird sowohl auf die Standortkampagne als auch auf die ex-ante Evaluierung und e-cohesion in Vorbereitung auf die Förderperiode 2014 bis 2020 hingewiesen.

Hinsichtlich des Nachhaltigkeitszentrums weist Frau Wille auf die Tatsache hin, dass konkrete Projekte in den entsprechenden Schwerpunkten und im Jahr der Bewilligung beschrieben werden.

In diesem Zusammenhang verweist Herr Nobereit noch einmal darauf, dies als Chance bei der Beschreibung des Querschnittsziels zu sehen.

Im Ergebnis wird sich darauf verständigt, das Querschnittsziel „Nachhaltige Entwicklung“ im Jahresbericht 2013 umfassender zu beschreiben. Hierzu werden dann auch entsprechende Zuarbeiten von den betreffenden Partnern abgefordert.

Auf die Frage von Herrn Düber, ob es auch Projekte der Technischen Hilfe gibt, die inhaltlich die Fonds umsetzen, wurde von Frau Wille auf Partnerprojekte mit den Umweltverbänden hingewiesen.

Abschließend erläutert Frau Wille den Grund für die bisherige Nichterreichung einiger Zielwerte. Im Rahmen der OP-Änderung wurden seitens der Europäischen Kommission Zielanpassungen nicht genehmigt. Als Beispiel werden die Verbundprojekte genannt. Lediglich bei Mittelaufstockungen wurden höhere Ziele und bei Mittelreduzierungen niedrigere Ziele akzeptiert.

TOP 4: Durchführungsbericht 2012 zum OP ESF Förderperiode 2007 bis 2013

Beschluss:

1. Der Begleitausschuss billigt den ESF Durchführungsbericht 2012.
2. Der Begleitausschuss erteilt der ESF-Verwaltungsbehörde die Vollmacht, ggf. notwendige redaktionelle Änderungen und die im Begleitausschuss besprochenen Änderungen vorzunehmen und den Bericht der EU- Kommission zu übermitteln.

Diskussion:

- Frau Friese erläutert die Ergebnisse der Umsetzung des Operationellen Programms ESF im Jahr 2012 anhand der beiliegenden Präsentation (siehe Anlage 4) und weist gleichzeitig auf bereits durch die Verwaltungsbehörde vorgenommene redaktionelle Änderungen hin. Die geänderte Fassung des Jahresberichtes wird den Mitgliedern des Begleitausschusses mit diesem Protokoll übermittelt (Anlage 5).
- Bei der Folie zu den Kontextindikatoren weist Frau Friese insbesondere auf die gesunkene Zahl der Arbeitslosen unter 25 Jahre sowie den Sachverhalt „mehr Bewerber als gemeldete Ausbildungsplätze“ hin. Die gesunkene Zahl der Schulabgänger wird mit dem demografischen Wandel begründet.
- Im Jahr 2012 wurden 143,7 Mio. € Gesamtmittel bewilligt, davon 95,9 Mio. € ESF-Mittel; zum Stand 31. Mai 2013 wurden 570,7 Mio. € ESF-Mittel bewilligt.
- Der Plan-Ist-Vergleich bis 2012 zeigt einen Anteil der bewilligten ESF-Mittel zum Plan von 87,7 %, was dem zeitlichen Verlauf entspricht.
- Im Jahr 2012 waren insgesamt ca. 15.000 Eintritte von Teilnehmern zu verzeichnen, davon 41,3 % Frauen. Der Schwerpunkt der Teilnehmereintritte liegt in der Planungsregion Mittelthüringen.
- Die Auswertung zum Querschnittsziel Chancengleichheit bezieht sich auf vom Antragsteller bei der Antragstellung angegebene Daten.

Herr Nobereit stellt fest, dass die Ausführungen zur „Nachhaltigen Entwicklung“ als Querschnittsziel umfassender sind als im EFRE. Trotzdem solle das Nachhaltigkeitsabkommen Thüringen in den Jahresbericht aufgenommen werden (*ist bereits erfolgt => Seite 34*). Zu Seite 77 vierter Absatz des Jahresberichtes wird um eine Erklärung gebeten, aus welchem Grund es einen rückläufigen Wert an Eintritten trotz höherer Beschäftigungsquote gibt und welche Schlussfolgerungen für die neue Förderperiode gezogen werden. Hierzu argumentiert Frau Schneider, dass im letzten Jahr etwas weniger Mittel geflossen sind. Frau Friese sichert eine Ergänzung des Jahresberichtes zu. Im Nachgang des Begleitausschusses fand eine Abstimmung zwischen der ESF-Verwaltungsbehörde und Herrn Nobereit statt, so dass auch aus Sicht von Herrn Nobereit

zwar keine Ergänzung im Jahresbericht mehr notwendig ist, aber eine Ergänzung im Protokoll erfolgen sollte.

Erläuterung: Im Jahr 2012 wurde die Integrationsrichtlinie geändert. Mit der neuen Richtlinie werden vor allem Projekte mit Personen gefördert, die zunehmend arbeitsmarktfremd sind. Die Zielgruppe der „alten“ Integrationsrichtlinie, Langzeitarbeitslose, die in Beschäftigung integriert werden, werden auf Grund der veränderten Arbeitsmarktsituation bereits von den Arbeitsverwaltungen erfasst.

Herr Möller stellt die gute Auslastung der Prioritätsachsen B und C fest, fragt aber, was in dem laufenden und dem künftigen Jahr passiert, ob es die Möglichkeit der Verlagerung gibt und wie sich die Auslastung zum 31. Mai 2013 darstellt. Hinsichtlich der Auslastung zum 31. Mai 2013 wird von Frau Schneider auf die Seite 4 der Präsentation verwiesen und zur möglichen Verlagerung der Mittel auf eine evtl. OP-Änderung zum Ende dieses Jahres.

Herr Düber hat folgende Nachfragen bzw. Anmerkungen:

- Für die Technische Hilfe sind nur absolute Zahlen und keine prozentuale Verteilung ausgewiesen.

Es wurde zugesagt, den Mittelabfluss für die Technische Hilfe in das Protokoll aufzunehmen.
Mittelabfluss: ESF-Mittel 13.577.762,99 € (Auszahlungen bis 31.12.2012)

- Warum spielt bei 68,0 % der Projekte die Chancengleichheit keine bzw. nur eine geringe Rolle?

Der Grund für die im Jahr 2012 relativ hohe Anzahl solcher Projekte liegt an Art und Inhalt dieser Projekte. Die Grundlage für die Bewertung der Projekte ist in den eigens dafür erstellten Materialien zum Monitoring definiert.

- Wie erfolgt die Überbrückung alte zu neuer Förderperiode, wenn es 2014 noch kein neues Geld gibt?

Hierzu wird auf die derzeitigen Abstimmungen mit den Fachabteilungen im TMWAT sowie dem TMSFG verwiesen. Mittel aus der Förderperiode 2014 bis 2020 werden voraussichtlich erst 2015 zum Einsatz kommen, so dass im Jahr 2014 noch Mittel der aktuellen Förderperiode eingesetzt werden. In diesem Zusammenhang sind zurzeit die Fachabteilungen mit der Anpassung der Richtlinien bezüglich der Gültigkeitsdauer beschäftigt; für das TMSFG wird es auf Grund der Sonderstellung Thüringen Jahr eine Einzelfalllösung geben.

Auf die Nachfrage von Herrn Strohbach (Europäische Kommission), wie sicher eine OP-Änderung ist, antwortet Frau Friese, dass es hierzu noch Diskussionen mit den Fachbereichen gibt.

Herr Strohbach fragt, ob die Mittel für 2014 ausreichend sind und ob eine Finanzierung bis Ende 2014 oder in 2015 vorgesehen ist. Darauf hin antwortet Frau Friese, dass eine lückenlose Finanzierung angestrebt wird.

Auf die Nachfrage von Herrn Strohbach, weshalb die absolute Zahl der älteren Arbeitslosen gleich bleibt (Seite 2 der Präsentation „Kontextindikatoren“), sieht Frau Friese eine positive Entwicklung mit Blick auf die demografische Entwicklung dahingehend, dass bei steigender Zahl der Personen über 55 Jahre und gleichbleibender Zahl der älteren Arbeitslosen, der prozentuale Anteil dieser Arbeitslosen sinkt.

Der Jahresbericht wurde inzwischen in Bezug auf die Entwicklung der älteren Erwerbspersonen in der sozioökonomischen Analyse (Punkt 2.1.6 des Jahresberichtes) ergänzt.

Herr Strohbach stellt fest, dass in den letzten Jahren eine positive Entwicklung hinsichtlich Bewerber und Ausbildungsplätze stattgefunden hat. Gleichzeitig stellt er aber auch die Frage, wie gravierend das Problem ist, dass Unternehmen keine Auszubildenden finden.

Herr Hohle (Handwerkskammer) berichtet, dass es inzwischen 50 % weniger Schulabgänger gibt und der Konkurrenzdruck groß ist. Ziel der neuen Förderperiode muss es sein, die jungen Leute (inkl. Studenten) in Thüringen zu halten.

Gleichzeitig bittet er bezüglich der Ausschöpfung der Mittel (Seite 5 der Präsentation) und zurzeit fehlender Planungssicherheit um Informationen, auch weil die GFAW bereits äußert, dass alle Anträge bis Ende 2013 vorliegen müssen und diese nur für das Jahr 2014 gelten dürfen. Hier verweist Frau Friese auf die Gespräche mit den Fachabteilungen und auf eine ggf. stattfindende Mittelumschichtung zum Ende des Jahres. Die zwischengeschalteten Stellen nehmen derzeit Richtlinienanpassungen vor, so dass Bewilligungen auch im Jahr 2014 möglich sein werden.

Herr Weinrich (Katholisches Büro) sieht die Richtlinienverlängerung bis 2014 positiv. Weiterhin fragt er, in welche Richtung die Schwerpunktüberlegungen bei Mittelumschichtung gehen werden. Hier wird auf die momentane OP-Erarbeitung verwiesen und die Abstimmungen gegen Ende des Jahres.

Darüber hinaus bittet er für eine bessere Bewertung um genauere Darstellung der Seite 2 der Präsentation (Kontextindikatoren), z. B. Arbeitslose 55 bis 64 Jahre, da die Zahlen missverständlich sein können. In diesem Zusammenhang verweist Frau Schneider auf die Anlage 1 zum Jahresbericht, in der die kompletten Kontextindikatoren enthalten sind. Die vorliegende Präsentation stellt lediglich eine knappe Einführung in den Jahresbericht dar.

Auf die Nachfrage von Herrn Hohle an die Europäische Kommission (KOM), was passiert, wenn 2014 ein Träger ein Projekt beginnen will, antwortet Herr Strohbach, dass theoretisch bis zum 31. Dezember 2015 bewilligt werden kann. Da Thüringen aber sehr zeitig mit der Förderung begonnen hat, ist es möglich, dass zum Ende der Förderperiode nicht mehr ausreichend Geld zur Verfügung steht.

Die Frage von Herrn Dr. Peschke (TMBWK) an die KOM, ob es möglich ist, Mittel anderer Bundesländer nach Thüringen umzuschichten, wird von Herrn Strohbach als eher gering eingeschätzt.

Herr Köhler (Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen) ergänzt zur Seite 2 der Präsentation (Zeile 1 bis 4), dass es sich hier um Jahresdurchschnittswerte handelt und diesbezüglich auch die Zu- und Abgangsdaten zu betrachten sind.

Herr Schäfer (Arbeitskreis Umweltbildung Thüringen e. V.) stellt klar, dass ein Teil der Berufsorientierung die Bildung für nachhaltige Entwicklung ist.

Der Vorschlag von Herrn Hohle, die GFAW an den Begleitausschusssitzungen teilnehmen zu lassen, wird in die Überlegungen für die neue Förderperiode einbezogen.

Frau Schmeller (Landesarbeitsgemeinschaft „Arbeit für Thüringen“ e. V.) verweist auf die früher stattfindende ESF-Arbeitsgruppe und die Unterarbeitsgruppe des EFRE und bittet um eine Reaktivierung dieser Arbeitsgruppen.

TOP 5: Informationen zum Finanzkontrollbericht 2012 EFRE

TOP 6: Informationen zum Finanzkontrollbericht 2012 ESF

Beide TOPe wurden zusammen behandelt. Frau Dr. Höfchen (Prüfbehörde EFRE) stellt in einer Präsentation die Ergebnisse für beide Strukturfonds vor.

Frau Schmeller fragt, warum im ESF die prognostizierte Fehlerquote ansteigt. Dies erklärt Frau Dr. Höfchen mit den Ergebnissen der Prüfungen (Einzelfallergebnisse).

Auf die Frage von Herrn Nobereit, ob es sich nur um Formfehler oder um welche mit ergebniswirksamen Auswirkungen handelt, erfolgte die Aussage von Frau Dr. Höfchen, dass es sich hier um finanzielle Fehler mit einer Finanzkorrektur handelt. Zu der Frage von Herrn

Nobereit bezüglich der 1,77 % Fehlerquote beim EFRE verweist Frau Dr. Höfchen auf 1,72 Mio. € rechtsgrundlose Ausgaben.

TOP 7: Stand der Programmplanung EFRE und ESF Förderperiode 2014 bis 2020

Zu Beginn wurde noch einmal kurz auf den Sonderbegleitausschuss vom 21. März 2013 zum Thema Programmplanung verwiesen.

Anschließend informiert Frau Wille über die aktuellen Entwicklungen zum Partnerschaftsprozess. Sie stellt noch einmal klar, dass es eine Partnerschaftsvereinbarung für alle (d. h. Bund und Länder, die Strukturfonds EFRE/ ESF und den ELER) geben wird und berichtet von dem derzeitigen Abstimmungsprozess. Es haben bereits fondsspezifische Workshops im zweiten Quartal 2013 stattgefunden. Darüber hinaus gab es am Tag vor diesem Begleitausschuss eine fondsübergreifende Veranstaltung im BMWI. Voraussichtlich Ende Juli 2013 wird der Entwurf der Partnerschaftsvereinbarung (Strategie und thematische Ziele, ohne Finanzdaten) bei der KOM eingereicht. Seitens der KOM gibt es noch Kritikpunkte hinsichtlich der „Strategie“. Dies gestaltet sich für Deutschland jedoch im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten schwierig auf Grund seiner Größe und des Föderalismusystems sowie der unterschiedlichen Bedarfe im Land. Die Absicht der KOM ist, die Partnerschaftsvereinbarungen mit den Mitgliedstaaten Ende 2013 abzuschließen.

Frau Friese berichtet, dass die Partnerschaftsbeteiligung in Thüringen im letzten Halbjahr auf Basis des vom Kabinett beschlossenen Eckpunktepapiers erfolgte und stellt einige Punkte der den Tagungsunterlagen beigefügten Präsentation zu „Gremien und Veranstaltungen zur Programmplanung 2014-2020“ (Anlage 6) vor. Hierzu gehört auch das Protokoll des EFRE-Workshops zur Programmplanung 2014-2020 am 29. April 2013 (Anlage 7).

Der Zeitplan für die kommenden Wochen wird wie folgt definiert:

- OP-Entwürfe Ende 1. Halbjahr 2013, Workshops auf Arbeitsebene, Diskussion zu den Indikatoren haben stattgefunden => inhaltliche Grundlage für den ersten OP-Entwurf EFRE und ESF
- ab Juni bzw. Juli 2013: erste informelle Gespräche mit der KOM
- Sukzessive erfolgen Gespräche über weitere Schritte zur Konzentration der Förderung, Fortsetzung des Abstimmungsprozesses mit den Fachbereichen der Ressorts
- Ende August/ Anfang September 2013: Fortsetzung der Partnerbeteiligung, Workshops auf Basis der OP-Entwürfe
- 26. September 2013: Jahreskonferenz ESF/ EFRE mit dem Schwerpunkt Programmplanung
- ESF: Workshops mit den Begleitausschussmitgliedern folgen noch, bisher erfolgte die Abstimmung mit den Fachbereichen, 13./14. Juni 2013 Indikatorenworkshops liefen zeitlich konform mit der Arbeit der Evaluatoren der Ex-ante Evaluierung
- Kohärenzabstimmungen mit dem Bund (ESF Bundes-OP) haben sich verzögert und sollen bis Ende Juni/ Anfang Juli 2013 abgeschlossen sein.

Herr Hohle fragt nach einem zusammenfassenden Papier zu den Rahmenzielen der neuen Förderperiode. Laut Frau Friese bildet die bisherige Basis das Eckpunktepapier. Künftig stellen die OP-Entwürfe die Grundlage dar. Diese sind dann auch eine Zusammenfassung dessen, was in den Workshops diskutiert wurde.

Auf die Frage von Herrn Hohle, ob nach der Vorstellung der OP-Entwürfe auf der Jahreskonferenz noch einmal eine Diskussion erfolge, weist Frau Friese auf die Workshops im August/September dieses Jahres hin. Frau Wille ergänzt, dass im EFRE die Workshops ggf. in der ersten Septemberwoche stattfinden und vorher ein Papier als Diskussionsgrundlage verschickt wird.

Frau Dr. Gniechwitz (Bauhaus-Universität Weimar) fragt, ob es bereits konkrete Mittelzuweisungen zu Schwerpunkten gibt. Dies wird von Frau Friese verneint, da es noch

keinen Mehrjährigen Finanzrahmen seitens der EU gibt. Dazu ergänzt Herr Strohbach, dass im Frühjahr 2013 der Vorschlag zum Mehrjährigen Finanzrahmen von den Mitgliedstaaten angenommen, aber vom Europaparlament abgelehnt wurde. Im Herbst dieses Jahres soll jetzt dieser ebenso wie die Verordnungstexte abgestimmt werden. Sollte es im Jahr 2013 keine Einigung geben, gelte der Haushalt des letzten Jahres auch für das nächste Jahr. Eine weitere Frage von Frau Dr. Gniechwitz bezog sich auf Quoten zur Mittelverteilung (Priorisierung). Hier sichert Frau Friese zu, dass die aktuellen Erkenntnisse vor den Workshops zur Verfügung gestellt werden. Herr Strohbach teilt mit, dass der Verteilungsschlüssel zwischen Bund und Ländern noch offen ist. Der bisherige Stand besagt, dass mindestens 40 % der Mittel auf den ESF entfallen sollen, jedoch die ostdeutschen Bundesländer dagegen seien. Frau Friese ergänzt, dass es noch keine abschließenden Beschlüsse gibt, dieser Sachverhalt aber stetig diskutiert wird.

Ergänzung zu TOP 7

Herr Kosny (Umweltverbände Thüringen) berichtet aus dem Umweltbereich zur OP-Erarbeitung und stellt im Rahmen einer Präsentation die Erstellung eines „Umwelt-OP“ vor. Dieses Umwelt-OP soll in Workshops der Umweltverbände diskutiert werden.

Frau Friese fragt nach der inhaltlichen Basis für die Workshops. Hier verweist Herr Kosny auf ein Papier des BUND, welches vorher zur Verfügung gestellt wird. Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Peschke, ob es sich um ein Thüringer Papier handelt, erläutert Herr Kosny, dass hier die ostdeutschen Länder zusammenarbeiten und das Papier als Optionsliste zu sehen sei. Es ist verständlich, dass diese nicht 1:1 umsetzbar ist. Das Papier wird in jedem ostdeutschen Bundesland in Workshops vorgestellt.

Frau Wille sieht hier die Möglichkeit der Umweltverbände, sich in den Programmplanungsprozess einzubringen und fragt nach der Einschätzung der anderen WiSo-Partner. Herr Düber begrüßt diese Initiative, da das Thema Umwelt auch künftig ein Querschnittsziel ist.

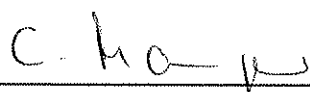
Frau Wille sagt mit Einverständnis des Begleitausschusses zu, Herrn Kosny den Verteiler der Begleitausschussmitglieder zu übergeben.

TOP 8: Sonstiges

Termin nächster Begleitausschuss: 28. November 2013

Herr Weinrich fragt im Auftrag von Frau Fiedler (Parität – nicht anwesend), wie weit die GFAW mit den Prüfungen und wie das Bewilligungsgeschehen ist. Frau Friese sagt die Aufnahme dieser Themen in die Tagesordnung für den nächsten Begleitausschuss zu.

Für das Protokoll:



Cornelia Manger

Gelesen und genehmigt



Kerstin Friese

Erfurt, den 17. Juli 2013